

Cosima Charlotte Klaus

Das emanzipatorische Potenzial des Verfassungsrechts im Vergleich

Richterinnen an den obersten Gerichten von BRD und DDR

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe Rechtswissenschaft

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe Rechtswissenschaft

Band 187

Cosima Charlotte Klause

Das emanzipatorische Potenzial des Verfassungsrechts im Vergleich

**Richterinnen an den obersten Gerichten
von BRD und DDR**

Tectum Verlag

Cosima Charlotte Klause

Das emanzipatorische Potenzial des Verfassungsrechts im Vergleich
Richterinnen an den obersten Gerichten von BRD und DDR

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag
Reihe: Rechtswissenschaft; Bd. 187

Zugl. Diss. Georg-August-Universität Göttingen 2022

Eingereicht unter dem Originaltitel „Das emanzipatorische Potential des Verfassungsrechts im Vergleich – Die Richterinnen an den obersten Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (1949-1989/90)“

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022

ePDF 978-3-8288-7897-6

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN
978-3-8288-4787-3 im Tectum Verlag erschienen.)

ISSN 1861-7875

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet

www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Vorwort

Die Arbeit lag als Dissertation im Wintersemester 2021/22 der Juristischen Fakultät der Georg-August-Universität Göttingen vor.

Mein herzlicher und besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Prof. Dr. Alexander Thiele, ohne seine Unterstützung wäre dieses Promotionsvorhaben so nicht entstanden. Sowohl dessen Anregungen und Kritik als auch die Offenheit für feministische Rechtswissenschaft und interdisziplinäres Arbeiten haben zur Ausarbeitung meiner Untersuchung beigetragen. Das Institut für Allgemeine Staatslehre und Politische Wissenschaften bot mir einen familiären Raum, der mir in vielfältiger Form Unterstützung gab.

Meiner Zweitgutachterin Frau PD Dr. Sina Fontana, MLE möchte ich für die zeitnahe Erstellung des Zweitgutachtens danken.

Auch den Doktorandinnen aus dem Elisabeth-Selbert-Mentoring-Programm und dem Deutschen Juristinnenbund e.V. sowie meiner Tandem-Partnerin, die mit kritischen Fragen und Diskussionsbeiträgen zur Ausarbeitung des Promotionsvorhabens beitrugen, gilt mein herzlicher Dank.

Meinem Partner danke ich für das beständige Verständnis, die Geduld und das Korrekturlesen der Arbeit.

Meinen Eltern und meinem Bruder, denen diese Arbeit gewidmet ist sowie meinen Freundinnen und Freunden danke ich sehr für die emotionale Unterstützung.

Göttingen, im April 2022

Cosima Charlotte Klause

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXI
Einleitung	1
I. Die Richterinnen der obersten Gerichte in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik als Untersuchungsgegenstand	1
II. Methodik und der Begriff des normativen emanzipatorischen Potenzials	3
Kapitel 1	11
A. Das Gleichberechtigungsgebot in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ...	11
I. Die Entstehungsgeschichte von Art. 3 Abs. 2 GG und die rechtliche Gleichberechtigung der Geschlechter	11
1. Frauenrechte in der Weimarer Reichsverfassung und in der Zeit des Nationalsozialismus	11
2. Die Berücksichtigung der Gleichberechtigung der Frau auf dem Herrenchiemsee Konvent	15
3. Die landesverfassungsrechtlichen Normen zur Gleichberechtigung der Frau ...	17
4. Die Sitzungen des Parlamentarischen Rates und die Entstehung von Art. 3 Abs. 2 GG	18
a) Die Sitzung des Grundsatausschusses am 5. Oktober 1948	19
b) Die Fassung des Allgemeinen Redaktionsausschusses vom 16. November 1948	21
c) Die Sitzung des Grundsatausschusses am 30. November 1948	21
d) Die Sitzung des Hauptausschusses am 3. Dezember 1948	23
e) Das „ <i>Quasi-Stürmlein</i> “	26
f) Die Sitzung des Hauptausschusses am 18. Januar 1949	29
5. Zusammenfassung der Entstehung von Art. 3 Abs. 2 GG	31

II. Die fünf Elemente für die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland	33
1. Das Menschenbild des Grundgesetzes	34
2. Die Sozialstaatlichkeit	40
3. Die Funktion der Grundrechte	42
4. Die soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland	44
5. Die Rechtsstaatlichkeit und die Gleichberechtigung der Frau	45
6. Zusammenfassung	47
III. Das normative emanzipatorische Potenzial der Verfassung für die Gleichstellung der Bundesrichterinnen	48
1. Die formal-juristische und tatsächliche Ausgangslage für die Richterinnen in der Bundesrepublik Deutschland	48
a) Die Wahl der Bundesrichterinnen	48
b) Art. 33 Abs. 2 GG	52
c) Der Frauenanteil in der Justiz in der Bundesrepublik Deutschland	53
2. Die Wirkungszeit des Parlaments und die Steuerungswirkung durch das Recht auf die tatsächliche Gleichstellung von Bundesrichterinnen	55
a) Die erste Wahlperiode vom 7. September 1949 bis zum 7. September 1953 – Zwischen der verfehlten Chance der paritätischen Besetzung im Richterwahlausschuss und der Verhinderung der Wiedereinführung der Zölibatsklausel	58
aa) Die Richtergesetze	60
bb) Die Zölibatsklausel	62
cc) Die Entwürfe zu einem Mutterschutz- und Gleichberechtigungsgesetz	66
dd) Das emanzipatorische Potenzial	70
b) Die zweite Wahlperiode vom 6. Oktober 1953 bis zum 6. Oktober 1957 – Der Erlass eines Gleichberechtigungsgesetzes	73
aa) Beamtenrechtliche Neuerungen und die Folgen für das Richterverhältnis	74
bb) Das Gleichberechtigungsgesetz von 1957	75
cc) Das emanzipatorische Potenzial	76
c) Die dritte Wahlperiode vom 15. Oktober 1957 bis zum 15. Oktober 1961 – Die Einführung eines ersten Deutschen Richtergesetzes	77

d)	Die vierte Wahlperiode vom 17. Oktober 1961 bis zum 17. Oktober 1965 – Die <i>Enquete</i> über die Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft	80
e)	Die fünfte Wahlperiode vom 19. Oktober 1965 bis zum 19. Oktober 1969 – der Gesetzesentwurf zur Regelung der Teilzeitbeschäftigung	83
aa)	Der Bericht über die Situation der Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft	85
bb)	Gesetze zur Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung von Beamtinnen und Richterinnen	88
cc)	Das emanzipatorische Potenzial	94
f)	Die sechste Wahlperiode vom 20. Oktober 1969 bis zum 13. Dezember 1972 – Teilzeitbeschäftigung für Richterinnen und die Reform des Ehe- und Familienrechts	97
aa)	Verbesserungen der Situation der Richterinnen durch richterrechtliche Vorschriften?	98
bb)	Der erste Gesetzesentwurf zur Reform des Ehe- und Familienrechts ...	102
cc)	Der Sozialbericht und der Bericht über Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Frau	103
dd)	Das emanzipatorische Potenzial	104
g)	Die siebte Wahlperiode vom 13. Dezember 1972 bis zum 14. Dezember 1976 – die <i>Enquete</i> als bewährte Maßnahme und die Teilzeitbeschäftigung für männliche Richter	107
aa)	Die <i>Enquete</i> -Kommission „ <i>Frau und Gesellschaft</i> “	108
bb)	Der Gesetzesentwurf zur Reform des Ehe- und Familienrechts	110
cc)	Teilzeitbeschäftigung und langfristige Beurlaubung für Männer	111
dd)	Der Familien- und Sozialbericht	112
ee)	Das emanzipatorische Potenzial	114
h)	Die achte Wahlperiode vom 14. Dezember 1976 bis zum 4. November 1980 – die Wiedereinführung der <i>Enquete</i> -Kommission und das Inkrafttreten des ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts	116
aa)	Die Kontinuität der <i>Enquete</i> -Kommission „ <i>Frau und Gesellschaft</i> “	117
bb)	Das Gesetz zur ersten Reform des Ehe- und Familienrechts	118
cc)	Verbesserungen für Frauen im öffentlichen Dienst	119
dd)	Das emanzipatorische Potenzial	123

i) Die kurze neunte Wahlperiode vom 4. November 1980 bis zum 29. März 1983 – die Fragestunde und der Bericht zur <i>Enquete-Kommission</i>	126
aa) Verworfenen Gesetzesentwürfe und der Arbeitsstab Frauenpolitik	126
bb) Der Bericht der <i>Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft“</i> und die Idee einer Frauenquote	128
cc) Das emanzipatorische Potenzial	130
j) Die zehnte Wahlperiode vom 29. März 1983 bis zum 18. Februar 1987 – 13 Maßnahmen für die Gleichstellung der Frau in der Justiz	132
aa) Die Sozialberichte und der Bericht der Bundesregierung über die Auswirkungen des Fünften Gesetzes zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften	133
bb) Keine Änderung von § 48 a DRiG	135
cc) Nationale und internationale Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen im öffentlichen Dienst	136
dd) Die Richtlinie zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen im Bundesdienst	137
ee) Der Entwurf zur Änderung des Richterwahlgesetzes und der Bericht der <i>Enquete-Kommission</i>	141
ff) Der erste Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes	142
gg) Der Familienbericht, die große Anfrage zur Situation von Frauen und die Wahlen von Bundesrichterinnen	143
hh) Das emanzipatorische Potenzial	144
k) Die elfte Wahlperiode vom 18. Februar 1987 bis zum 20. Dezember 1990 in der Zeit der Herstellung der Einheit Deutschlands	149
aa) Der Entwurf zur Änderung des BVerfGG und die Anfrage über die Förderung der beruflichen Chancen von Frauen im öffentlichen Dienst des Bundes	150
bb) Änderungen dienstrechtlicher Vorschriften und der Sozialbericht	151
cc) Zwei gescheiterte Gesetzesentwürfe – Das ADG I und das Gleichstellungsgesetz	153
dd) Das emanzipatorische Potenzial	156
3. Die Zusammenfassung der Wirkungszeit des Parlaments und die Steuerungswirkung durch das Recht auf die tatsächliche Gleichstellung von Bundesrichterinnen von 1949 bis 1989/90	159

Kapitel 2	167
B. Das Gleichberechtigungsgebot in den Verfassungen der Deutschen Demokratischen Republik	167
I. Die Entstehungsgeschichte der rechtlichen Gleichberechtigung der Geschlechter in der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik	167
1. Die Frauenrechte in der Sowjetzone unter der sowjetischen Militäradministration	168
2. Die Landesverfassungen und ihr Einfluss auf einen Verfassungsentwurf der Deutschen Demokratischen Republik	169
3. Der SED-Verfassungsentwurf von 1946	170
4. Die Sitzungen des Deutschen Volkskongresses	171
5. Die Zweite DDR-Verfassung von 1968	174
6. Die Verfassungsnovellierung 1974	176
II. Die fünf Elemente für die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in der Deutschen Demokratischen Republik	177
1. Das Menschenbild der Verfassung	177
2. Der Sozialismus	180
3. Die Funktion der Grundrechte	181
4. Die sozialistische Wirtschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik	184
5. Der Einparteienstaat	186
III. Das normative emanzipatorische Potenzial der Verfassung für die Gleichstellung der Richterinnen am Obersten Gericht	188
1. Die formal-juristische und tatsächliche Ausgangslage für die Richterinnen in der DDR	188
a) Die Wahl der Richterinnen am Obersten Gericht	189
b) Der Frauenanteil in der Justiz in der Deutschen Demokratischen Republik	193
2. Die Wirkungszeit des Parlaments und die Steuerungswirkung durch das Recht auf die tatsächliche Gleichstellung von Richterinnen am Obersten Gericht	196
a) Die erste Wahlperiode vom 15. Oktober 1950 bis zum 16. Oktober 1954 – der erste Entwurf eines Familiengesetzbuchs sowie das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau	201

aa) Das Gesetz über die Errichtung des OG und der Obersten Staatsanwaltschaft der DDR sowie die Errichtung einer sozialistischen Gerichtsorganisation	202
bb) Das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau	205
cc) Die Einführung der Lohngleichheit	207
dd) Das emanzipatorische Potenzial	207
b) Die zweite Wahlperiode vom 17. Oktober 1954 bis zum 15. November 1958 – Die Babelsberger Konferenz 1958	212
aa) Änderungen des MuKSchG und die Babelsberger Konferenz	214
bb) Das emanzipatorische Potenzial	216
c) Die dritte Wahlperiode vom 16. November 1958 bis zum 19. Oktober 1963 – die Einführung einer Frauenerwerbsquote und der Frauenförderungsplan für Richterinnen	217
aa) Das Richterwahlgesetz und das geänderte GVG	219
bb) Frauenförderungspläne	220
cc) Teilzeitbeschäftigung für Richterinnen?	222
dd) Das emanzipatorische Potenzial	223
d) Die vierte Wahlperiode vom 20. Oktober 1963 bis zum 1. Juli 1967 – das Familiengesetzbuch	225
aa) Der Frauenkongress im Juni 1964	227
bb) Das Familiengesetzbuch und das zweite Gesetz zur Änderung und Ergänzung des GDA	228
cc) Das emanzipatorische Potenzial	229
e) Die fünfte Wahlperiode vom 2. Juli 1967 bis zum 13. November 1971 – die neue Verfassung von 1968	231
aa) Die neue sozialistische Verfassung und der Bericht über den Einsatz und die Leistungen der Frauen im Ministerium der Justiz	232
bb) Das emanzipatorische Potenzial	232
f) Die sechste Wahlperiode vom 14. November 1971 bis zum 16. Oktober 1976 – ein Gewinn für die Selbstbestimmung der Frauen	234
aa) Das Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft, das neue GVG und weitere soziale Regelungen	235
bb) Das emanzipatorische Potenzial	237

g) Die siebte Wahlperiode vom 17. Oktober 1976 bis zum 13. Juni 1981 – die Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit im Richteramt	239
aa) Die Änderung des GDA	240
bb) Das emanzipatorische Potenzial	240
h) Die achte Wahlperiode vom 14. Juni 1981 bis zum 7. Juni 1986 – keine Verzeichnung der Gesetzesausfertigungen	241
i) Die neunte Wahlperiode vom 8. Juni 1986 bis zum 17. März 1990 – das Ende der Einparteiendiktatur	242
3. Die Zusammenfassung der Wirkungszeit des Parlaments und die Steuerungswirkung durch das Recht auf die tatsächliche Gleichstellung von Richterinnen am Obersten Gericht von 1949 bis 1989/90	244
Kapitel 3	249
C. Die Gleichberechtigung der Frau in der Justiz in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich	249
I. Der Vergleich der Verfassungen	249
II. Der Vergleich der Wirkungszeit der Parlamente und der Steuerungswirkung durch das Recht auf die tatsächliche Gleichstellung von Richterinnen in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik	256
1. Die Wirkungszeit der Parlamente	256
2. Die Steuerungswirkung durch das Recht auf die tatsächliche Gleichstellung von Richterinnen	263
a) Theorie versus Praxis	264
b) Vereinbarkeit von Familie und Beruf	265
c) Der Beruf der Richterin und das gesellschaftliche Ansehen	265
d) Steuerungsmechanismen für die Gleichberechtigung	267
e) Welcher Staat war emanzipationstüchtiger?	269
3. Zahlen zur tatsächlichen Gleichstellung der Richterinnen an den obersten Gerichten	270
a) Frauenanteil an den obersten Gerichten	270
b) Die gläserne Decke	272

Schlussbetrachtung und Ausblick	275
Literaturverzeichnis	281
Quellenverzeichnis	315

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die quantitative Begriffsanalyse des Diskurses im Deutschen Bundestag	263
Abbildung 2: Der Frauenanteil an den obersten Gerichten in der BRD und DDR	271

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Der Frauenanteil erfolgreicher Kandidaten der ersten juristischen Staatsprüfung	53
Tabelle 2:	Der Frauenanteil im Referendariat	54
Tabelle 3:	Die Wirkungszeit des Parlaments in der ersten Wahlperiode	72
Tabelle 4:	Die Wirkungszeit des Parlaments in der zweiten Wahlperiode	77
Tabelle 5:	Die Wirkungszeit des Parlaments in der dritten Wahlperiode	80
Tabelle 6:	Die Wirkungszeit des Parlaments in der vierten Wahlperiode	83
Tabelle 7:	Die Wirkungszeit des Parlaments in der fünften Wahlperiode	96
Tabelle 8:	Die Wirkungszeit des Parlaments in der sechsten Wahlperiode	106
Tabelle 9:	Die Wirkungszeit des Parlaments in der siebten Wahlperiode	115
Tabelle 10:	Die Anzahl der RichterInnen (Stand: 31. Dezember 1979)	122

Tabelle 11:	Die Wirkungszeit des Parlaments in der achten Wahlperiode	125
Tabelle 12:	Die Wirkungszeit des Parlaments in der neunten Wahlperiode	132
Tabelle 13:	Die Wirkungszeit des Parlaments in der zehnten Wahlperiode	145
Tabelle 14:	Der Frauenanteil an den Bundesgerichten 1985 und 1986	151
Tabelle 15:	Die Wirkungszeit des Parlaments in der elften Wahlperiode	157
Tabelle 16:	Der Frauenanteil in den juristischen Berufen	162
Tabelle 17:	Die Wirkungszeit der Deutschen Volkskammer in der ersten Wahlperiode	212
Tabelle 18:	Die RichterInnen in der DDR (1950–1960)	213
Tabelle 19:	Die Wirkungszeit der Deutschen Volkskammer in der zweiten Wahlperiode	217
Tabelle 20:	Die RichterInnen in der DDR (1960–1968)	218
Tabelle 21:	Die Wirkungszeit der Deutschen Volkskammer in der dritten Wahlperiode	224
Tabelle 22:	Die RichterInnen in der DDR (1966)	226
Tabelle 23:	Die Wirkungszeit der Deutschen Volkskammer in der vierten Wahlperiode	230

Tabelle 24:	Die Wirkungszeit der Deutschen Volkskammer in der fünften Wahlperiode	234
Tabelle 25:	Die Wirkungszeit der Deutschen Volkskammer in der sechsten Wahlperiode	239
Tabelle 26:	Die Wirkungszeit der Deutschen Volkskammer in der siebten Wahlperiode	241
Tabelle 27:	Die Wirkungszeit der Deutschen Volkskammer in der neunten Wahlperiode	244
Tabelle 28:	Die Anzahl der staatlichen Maßnahmen zur Gleichstellung der Frau in der Justiz in der BRD und DDR	262
Tabelle 29:	Der Frauenanteil an den obersten Gerichten in der BRD und DDR	270

Abkürzungsverzeichnis

a.F.	alte Fassung
Abs.	Absatz
ADG	Antidiskriminierungsgesetz
AJIL	American Journal of International Law
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
B. W. BG	Landesbeamtengesetz Baden-Württemberg
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayVerf	Verfassung Bayerns
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd.	Band
BDiG	Bundesdisziplinargericht
BeckOK	Beckscher Online-Kommentar
Beschl.	Beschluss
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGleGG	Bundesgleichstellungsgesetz
Bl.	Blatt
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BPG	Bundespatentgericht
BRD	Bundesrepublik Deutschland
Brem.GBl.	Gesetzblatt Bremens
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BSG	Bundessozialgericht
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BvR	Aktenzeichen einer Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht
BWGöD	Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
Ca.	Circa
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CEDAW	Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women

Abkürzungsverzeichnis

CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDRV	Verfassung der DDR
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DP	Duplikat-Positiv
Dr.	Doktor
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EheRG	Ehereformgesetz
e.V.	eingetragener Verein
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
f.	folgende Seite
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	folgende Seiten
FGB	Familiengesetzbuch
GBL	Gesetzblatt
GDA	Gesetzbuch der Arbeit
GG	Grundgesetz
GMBL	Gemeinsames Ministerialblatt
GV. NW.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVOBl Schl.-H.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Schleswig-Holstein
HBVerf	Verfassung der Hansestadt Bremen
HdJ	Handbuch der Justiz
Hess.	Hessische
HessVerf	Hessische Verfassung
HmbGVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt für Hamburg
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
i.d.F.	in der Fassung
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KJ	Kritische Justiz
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
LDP	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MdJ	Ministerium der Justiz
MuKSchG	Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
Nds. BG	Landesbeamtenengesetz Niedersachsen
Nds. GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt Niedersachsen
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NRWVerf	Verfassung Nordrhein-Westfallens
NS	Nationalsozialismus
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht

NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OG	Oberstes Gericht
OGZ	Entscheidungen des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik in Zivilsachen
PR	Parlamentarischer Rat
Prof.	ProfessorIn
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens
RegBl.	Regierungsblatt
RhPfVerf	Verfassung Rheinland-Pfalz
RiWG	Richterwahlgesetz
Rn.	Randnummer
RuP	Recht und Politik
S.	Seite
s.	siehe
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SLVerf	Verfassung Saarland
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
sog.	sogenannte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
Stellv.	Stellvertretend
StGB	Strafgesetzbuch
u.a.	unter anderem
u.Ä.	und Ähnliches
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
v.	von
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VOBl.	Verordnungsblatt
Vorb.	Vorbemerkung
WRV	Weimarer Reichsverfassung
z.B.	zum Beispiel
Zif.	Ziffer
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

